

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **26.01.2012** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/003

Beginn öffentlicher Teil: 16:05 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:15 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa entschuldigt

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert

Birgin, Gurbet ab TOP 8

Bochmann, Ursula entschuldigt

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Dralle, Karl-Heinz

Ehrhardt, Hans-Joachim ab TOP 7

Fleischmann, Michael

Gersemann, Christiane

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Knauer, Detlef

Köneke, Klaus

Kuyucu, Ahmet bis TOP 10

Leykum, Maria

Meinig, Birgit

Meißner, Claudia

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Peters, Kai

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rheinhardt, Michael

Ruser, Horst

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

von Oettingen, Gero

Gast/Gäste

Zschoch, Mirco

Rehl, Klimaschutzagen-
tur Region Hannover bis TOP 5

Sahling, Klimaschutz-
agentur Region Hanno-
ver bis TOP 5

Scherer, Klimaschutz-
agentur Region Hanno-
ver bis TOP 5

Verwaltung

Franke, Marius
Frerichs, Peter bis TOP 5

Kauter, Theo
Kugel, Michael
Lahmann, Jörg bis TOP 7

Lehmann, Robert
Pape, Petra bis TOP 8

Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 08.12.2011
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Klimaschutz-Aktionsprogramm Burgdorf
- Vorstellung durch einen Vertreter der Klimaschutzagentur der Region Hannover -
6. Strategische Ziele
Vorlage: 2011 0073
7. Stellenplanentwurf 2012
Vorlage: 2011 0049
- 7.1. Stellenplanentwurf 2012 - Ergänzung
Vorlage: 2011 0049/1
- 7.2. Stellenplanentwurf 2012;
Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 24.01.2012
Vorlage: 2011 0049/2
8. Entwurf Haushaltssatzung 2012
Vorlage: 2011 0047

- 8.1. Haushaltssatzung 2012
Vorlage: 2011 0047/1
9. Entwurf Investitionsprogramm 2012
Vorlage: 2011 0048
- 9.1. Investitionsprogramm 2012
Vorlage: 2011 0048/1
10. Haushaltssicherungskonzept 2012
Vorlage: 2011 0076
- 10.1. Haushaltssicherungskonzept 2012
Vorlage: 2011 0076/1
11. Annahme von Zuwendungen/Spenden
Vorlage: 2011 0079
12. Neufassung der Entschädigungssatzung
Vorlage: 2011 0069/1
13. Beschäftigtenvertretung im Verwaltungsrat HannIT
Vorlage: 2012 0080
14. Besetzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport - Ergänzung Elternvertreter
Vorlage: 2012 0084
15. Vertretung der Stadt Burgdorf im Verbandsausschuss des "Zweckverbands Volkshochschule Ostkreis Hannover"
Vorlage: 2012 0085

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 16:05 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärte, dass Frau Bochmann und Frau Weilert-Penk entschuldigt seien und Frau Birgin und Herr Fleischmann später kommen würden. **Herr Weinel** wies auf vier Tischvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 7, 8, 9 und 10 hin.

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 08.12.2011**

Einstimmiger Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 08.12.2011 wurde genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Vierke informierte, dass der Antrag von Frau Boestge auf probeweise Einrichtung einer Fußgängerzone in der Marktstraße durch das Verwaltungsgericht abgelehnt wurde. Zur Begründung wurde darauf verwiesen, dass auch nach dem Innenstadtumbau eine Fußgängerzone eingerichtet werden könne. Ferner erklärte das Gericht, dass es für eine probeweise Teileinziehung an der erforderlichen gesetzlichen Grundlage fehle.

Herr Weinel gratulierte den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten: Frau Heller, Frau Weilert-Penk, Herrn Ehrhardt, Herrn Pilgrim und Herrn Köneke.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

– K e i n e –

5. **Klimaschutz-Aktionsprogramm Burgdorf
- Vorstellung durch einen Vertreter der Klimaschutzagentur der Region Hannover -**

Der Geschäftsführer der Klimaschutzagentur der Region Hannover, **Herr Sahling**, informierte über die Klimaschutzagentur der Region Hannover und stellte das Klimaschutz-Aktionsprogramm für die Stadt Burgdorf vor (Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt). Er wies darauf hin, dass am 8. März 2012 die Vorstellung für die Bürgerinnen und Bürger erfolgen werde.

6. **Strategische Ziele
Vorlage: 2011 0073**

Frau Gersemann erklärte, dass mit in Kraft treten des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Ressourcen einer Kommune in den Mittelpunkt gerückt seien. Sie wies auf die entscheidende Bedeutung der vier strategischen Ziele für die Zukunft der Stadt Burgdorf und die Messbarkeit eines schlüssigen und transparenten Berichtswesens hin.

Herr Schulz äußerte, wie wichtig die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sei. Er erklärte, dass die WGS-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Knauer erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Zielen zustimmen werde. Er wies darauf hin, dass die Zielerreichung nicht nur in Kennzahlen gemessen werden dürfe. Er erläuterte, dass trotz der Haushaltssituation die Einrichtung einer Gesamtschule und der Klimaschutz ebenfalls wichtige Ziele seien.

Herr Plaß erklärte, dass die CDU-Fraktion die Ziele unterstütze. Er legte Wert darauf, dass die Ziele messbar sein müssten. Er betonte die Bedeutung eines unterjährigen Berichtswesens zur Prüfung der Zielerreichung.

Einstimmiger Beschluss:

Die folgenden vier strategischen Ziele

1. **Burgdorf als familienfreundliche Stadt positionieren,**
2. **Burgdorf als Lernstandort mit breitgefächertem Bildungsangebot qualifizieren,**
3. **Burgdorf als leistungsstarken und attraktiven Wirtschaftsstandort profilieren,**
4. **Burgdorf als lebendige „Bürgerstadt“ mit effizienter Verwaltung als bürgernahem Dienstleister bei gesicherter finanzieller Handlungsfähigkeit weiterentwickeln,**

sollen Grundlage des Handelns der Stadt Burgdorf sein.

7. Stellenplanentwurf 2012 Vorlage: 2011 0049

Siehe Tagesordnungspunkt 7.1

7.1. Stellenplanentwurf 2012 - Ergänzung Vorlage: 2011 0049/1

Siehe Tagesordnungspunkt 7.2

7.2. Stellenplanentwurf 2012; Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 24.01.2012 Vorlage: 2011 0049/2

Herr Pilgrim dankte den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadt und ihrer Einrichtungen. Er stellte fest, dass in vielen Bereichen erhebliche Mehrstunden anfallen würden, welche nicht als Freizeitausgleich gewährt werden könnten, was eine Dauerbelastung darstelle. Er führte aus, dass mit der HannIT interkommunal an der Geschäftsprozessoptimierung gearbeitet werde und begründete damit die vorgesehene Stelle für die Organisationsfachkraft. In Bezug auf die von der CDU-Fraktion geforderten 100.000 € für externe Beratung erklärte er, dass eine entsprechende Dienstleistung weitaus teurer sei. **Herr Pilgrim** äußerte, dass von 19 geforderten Stellen lediglich 5 ½ Stellen als Neustellen vertretbar seien. **Herr Pilgrim** regte an, dass zur Stellenbewirtschaftung ab Mitte 2012 ein Einstellungsstopp beschlossen werden solle. Die Wiederbesetzung einer Stelle solle in der Regel erst nach 3 Monaten erfolgen, ausgenommen hiervon

solle der Kita-Bereich der städtischen Einrichtungen sein. Weiter schlug er vor, in der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung über die Budgetierung des Personalkostenetats zu sprechen.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion den Stellenplan ablehnen werde und begründete dieses damit, dass die entsprechenden Kenntnisse über die Notwendigkeit der Stellen nicht hinreichend vorhanden seien. Gleichzeitig erhob er die Forderung, externes Fachwissen einzukaufen, anstatt einen Betriebsorganisator einzustellen. Weiter erläuterte er, dass die Zielbetrachtung zwischen CDU- und SPD-Fraktion nicht weit auseinander liege, aber die Auffassungen über den richtigen Weg unterschiedlich seien. Er wies auf die Problematik steigender Personalkosten bei zugleich sinkenden Einwohnerzahlen hin.

Herr Braun erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Stellenplan zustimmen werde. Er vertrat die Auffassung, dass externe Beratung weniger zweckmäßig sei. Weiter wies er neben der Verschuldung auch auf den notwendigen Service für die BürgerInnen hin, welcher erhalten bleiben müsse.

Herr Schulz schloss sich weitgehend Herrn Pilgrim an und erläuterte, dass sieben beantragte Stellen gestrichen worden seien. Er erklärte, dass die WGS-Fraktion dem Stellenplanentwurf zustimmen werde.

Herr Schrader wies auf die Personalkostensteigerungen insbesondere im Jugendbereich hin und sprach sich für die Budgetierung von Personalkosten aus. Er erklärte, dass Führungskräfte Unter- und Überforderungen zu beobachten hätten und die Stelle des Betriebsorganisations damit nicht notwendig sei.

Herr Baxmann erläuterte, dass aufgrund der permanenten Entwicklung und Änderung der Organisation, Aufgaben und Strukturen die Prozesse von innen begleitet werden müssten.

Herr Fleischmann erklärte, dass er nicht zustimmen werde, da Stellen für qualifiziertes Betreuungspersonal in den Offenen Ganztagschulen fehlen würden.

Mehrheitlicher Beschluss mit 18 Ja- und 12 Neinstimmen:

Der dem Originalprotokoll als Anlage A beigefügte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012, als Bestandteil des Haushaltsplans 2012, wird beschlossen.

8. Entwurf Haushaltssatzung 2012 Vorlage: 2011 0047

Siehe Tagesordnungspunkt 8.1

8.1. Haushaltssatzung 2012 Vorlage: 2011 0047/1

Die Haushaltsrede von **Herrn Hinz** ist diesem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Frau Meinig beantragte die textliche Änderung zur Investition „Anbau an das Feuerwehrhaus Ramlingen“ auf den Wortlaut „An-/Ausbau Feuerwehrhaus Ramlingen-Ehlershausen“.

Die Haushaltsrede von **Herrn Zschoch** ist diesem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Herr Braun wies auf die jährlichen Haushaltsdefizite hin und merkte kritisch an, dass der Schuldenaufbau die folgenden Generationen treffe. Er erklärte dazu aber weiter, dass, selbst wenn alle freiwilligen Leistungen gestrichen würden, kein Haushaltsausgleich erreicht werden könne. Solange die Kommunen nicht mehr Mittel von Bund und Land bekämen, sei es unmöglich, aus eigener Finanzkraft aus der Verschuldung zu kommen. Gleichzeitig verwies er auf Kostenfaktoren wie die gewünschte bürgernahe Verwaltung und die flächendeckende Einführung der Offenen Ganztagschulen. **Herr Braun** riet, sinnvolle zukunftsorientierte Investitionen in Kinder, Jugend, Familie und Sportförderung vorzunehmen. Die Investition zur Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Nordwest sei für die Stärkung der örtlichen Wirtschaft sinnvoll und zukunftsgerichtet. Auch den Innentadtumbau als Verbesserung für Burgdorf befürwortete er. Weiterhin seien aber auch Einsparungen unvermeidbar, wie z. B. die Mittel für die Toilettenanlage in der Waldschule Ramlingen-Ehlershausen, die Erneuerung des Bühnenvorhanges der Aula, die Tontechnik der Aula. **Herr Braun** hinterfragte kritisch, ob die Hausmeisterwohnung im Gymnasium für 90.000 € saniert werden müsse und ob eine derartige Investition in das Lehrschwimmbecken der Gudrun-Pausewang-Grundschule nicht sinnvoller sei. **Herr Braun** stellte den Antrag, 120.000 € für den Erhalt des Lehrschwimmbeckens in den Haushalt einzustellen.

Herr Schulz stimmte weitgehend den Ausführungen von Herrn Zschoch zu. Hinsichtlich der Geschäftsprozessanalyse sprach er sich gegen eine externe Beratung aus. Er erklärte, dass die Finanzmittel für den Erhalt des Lehrschwimmbeckens nicht vorhanden seien. Die gestellten Anträge von **Herrn Schulz** sind diesem Protokoll als Anlage 5 beigefügt

Herr Fleischmann merkte kritisch an, dass die Einnahmen erhöht werden müssen. Er schlug vor, den geplanten Innentadtumbau einzustellen, keine Kredite für dessen Finanzierung aufzunehmen und Subventionen z. B. von Vereinen zu streichen. Weiter vertrat er die Auffassung, dass keine weiteren Investitionen in das Gewerbegebiet fließen sollten. Stattdessen schlug er vor, dieses als Wohnbaugebiet zu veräußern. Anstelle zinsteurter Kreditaufnahmen regte Herr Fleischmann an, eine Anleihe von der Stadt Burgdorf auszugeben. Weiter müsste die Betreuungsqualität in den Offenen Ganztagschulen gesteigert werden. Er erklärte, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Erhalt des Lehrschwimmbeckens zustimmen zu wollen.

Herr Baxmann erläuterte, dass die Kredite für Kommunen derzeit vom Zinssatz günstiger als der von Herrn Fleischmann genannte Zinssatz für eine Bürgeranleihe seien.

Frau Heller stellte fest, dass die Aufgabe „KFZ-Zulassung“ kostendeckend wahrgenommen werden müsse. Sie forderte, das Lehrschwimmbecken als Sportstätte zu erhalten.

Die Haushaltsrede von **Herrn Schrader** ist diesem Protokoll als Anlage 6 beigefügt. **Herr Schrader** erklärte, dass grundsätzlich jeder für den Erhalt

des Lehrschwimmbeckens sei. Die beantragten Mittel in Höhe von 120.000 € stellten aber nur die Anfangsinvestition dar. Weitere Investitionen seien notwendig.

Herr Pilgrim wiederholte, dass es ein Einnahmenproblem gebe und erklärte, dass auch der Niedersächsische Städtetag die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land als Kernproblem sehe.

Herr Rheinhardt führte aus, dass in mehreren Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen und einer gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses mit dem Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport ausführlich über den Erhalt des Lehrschwimmbeckens diskutiert worden sei. Zu bedenken gab er, dass aufgrund des Alters der Anlage auch kostenintensive Maßnahmen an der komplexen Schwimmbadtechnik oder der Bausubstanz zu erwarten seien. Die Schließung des Lehrschwimmbeckens stehe nicht im Widerspruch zu den Zielen „Familienfreundliche Stadt“ und „Bildungsstandort“. Er verwies dabei u. a. auf die Jugendhäuser, die Soziale Gruppe „Die Wölfe“ sowie die Einführung der Offenen Ganztagschulen in Burgdorf.

Herr Rheinhardt erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der Grünen nicht zustimmen werde.

Herr Obst sprach die Städtepartnerschaft zu Burgdorf (Schweiz) an und verwies auf deren Wichtigkeit insbesondere im Themenjahr „Burgdorf international“. Er beantragte, 5.000 € einzustellen.

Herr Hunze lobte die Vorteile des Lehrschwimmbeckens und verwies auf die idealen Voraussetzungen, um dort das Schwimmen zu lernen. Er sprach sich für die Einstellung der beantragten Mittel für den Erhalt des Lehrschwimmbeckens aus.

Herr Köneke verwies auf die Betriebskosten für das Lehrschwimmbecken, die ebenfalls einen Weiterbetrieb nicht rechtfertigten.

Herr Schulz wünschte die Budgetierung des Haushalts und erklärte, dass sich die WGS enthalten werde.

Herr Baxmann stellte fest, dass der Antrag der WGS den Haushaltsbeschluss nicht ersetze, sondern lediglich als Auftrag an die Verwaltung bezogen auf eine sparsame Mittelbewirtschaftung und gleichzeitig als Selbstbindung des Rates zu verstehen sei.

Herr Zschoch beantragte die Mittelbereitstellung in Höhe von 100.000 € für externe Beratung zur Geschäftsprozessoptimierung.

Herr Weinel ließ über die einzelnen Anträge abstimmen.

Mehrheitsbeschluss mit 30 Ja- und 1 Neinstimme:

Die textliche Beschreibung der Investition „Anbau an das Feuerwehrhaus Ramlingen“ wird auf den Wortlaut: „An/Ausbau Feuerwehrhaus Ramlingen-Ehlershausen“ geändert.

Mehrheitsbeschluss mit 18 Ja- und 12 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Die ordentlichen Aufwendungen für den Haushalt 2012 werden auf 55 Millionen € festgeschrieben. Bei energetischen Maßnahmen und Investitionen, die sich durch wirtschaftliche Einsparungen amortisieren, können im Einzelfall gesonderte Regelungen getroffen werden.

Ablehnender Mehrheitsbeschluss mit 3 Ja- und 28 Neinstimmen:
Auf den Ausbau des Kreisels „Schwarzer Herzog“ wird verzichtet.
Ablehnender Mehrheitsbeschluss mit 6 Ja-, 23 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:
Für den Erhalt des Lehrschwimmbekens werden Mittel in Höhe von 120.000 € in den Haushalt eingestellt.

Ablehnender Mehrheitsbeschluss mit 3 Ja-, 24 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:
Für die Partnerschaft mit Burgdorf in der Schweiz werden Mittel in Höhe von 5.000 € in den Haushalt eingestellt.

Ablehnender Mehrheitsbeschluss mit 11 Ja-, 19 Neinstimmen und 1 Enthaltung:
Für externe Beratung zur Geschäftsprozessoptimierung werden Mittel in Höhe von 100.000 € in den Haushalt eingestellt.

Mehrheitlicher Beschluss mit 17 Ja-, 13 Neinstimmen und 1 Enthaltung:
Die dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.

9. **Entwurf Investitionsprogramm 2012**
Vorlage: 2011 0048

Siehe Tagesordnungspunkt 9.1

9.1. **Investitionsprogramm 2012**
Vorlage: 2011 0048/1

Herr Kuyucu zitierte § 18 des NKomVG und wies auf die Notwendigkeit von Investitionen insbesondere in den Bereichen Schulen, Kindergärten, Feuerwehren, Infrastruktur und Ersatzbeschaffung von Inventar und Geräten hin. Er erklärte, dass sich die Investitionen in den Kinder- und Jugendbereich und damit in die Bildung und Familienfreundlichkeit für die Zukunft dieser Stadt auszahlen würden. Gleichzeitig mahnte er an, dass, um die aufgelaufenen Fehlbeträge der Vorjahre auszugleichen, parteiübergreifend zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger Ideen für die Erwirtschaftung von Überschüssen notwendig seien.

Mehrheitlicher Beschluss mit 16 Ja- und 12 Neinstimmen sowie 3 Enthaltungen:

Gem. § 58 Abs. 1 Ziff. 9 NKomVG wird das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2012 in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2012 ergibt (als Anlage C dem Originalprotokoll beigefügt), beschlossen.

10. **Haushaltssicherungskonzept 2012**

Siehe Tagesordnungspunkt 10.1

10.1. Haushaltssicherungskonzept 2012
Vorlage: 2011 0076/1

Herr Hinz erklärte, dass der Haushaltsausgleich nur durch Einsparungen nicht möglich sei und erklärte die Zustimmung seitens der SPD-Fraktion.

Herr Braun bemängelte die vorgesehene Höhe der Einsparungen beim Lehrschwimmbecken und regte an, Zuschüsse für den Verein Stadtmarketing in den folgenden Jahren ggf. einzustellen.

Herr Fleischmann äußerte, dass durch die Einschränkung der Öffnungszeiten im Bürgerbüro Serviceverschlechterungen für die BürgerInnen eintreten würden und erklärte, dass er das Haushaltssicherungskonzept ablehnen werde.

Herr Zschoch vertrat die Auffassung, dass das vorliegende Haushaltssicherungskonzept die formellen Voraussetzungen an ein solches nicht erfüllen würde, da keine Aussagen getroffen werden, bis wann der Haushaltsausgleich erreicht werde. Er erklärte, dass die CDU-Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Baxmann erinnerte, dass die Verwaltung eine Aufstellung möglicher Einsparungen für die politische Beratung vorgelegt habe, aus der Politik aber kein konkreter Vorschlag dazu gekommen sei. Weiterhin wies er darauf hin, dass der Verkehrs- und Verschönerungsverein Burgdorf und der Verein Stadtmarketing Burgdorf e. V. zu den sogenannten weichen Wirtschaftsfaktoren von Burgdorf gehören und warnte, dass sich Kürzungen dieser Zuschüsse kontraproduktiv auf die hohe Motivation auswirken würden.

Herr Morich bemängelte, dass der Betrag für die Hundetoiletten gestrichen werde.

Herr Schrader kritisierte die Einsparungen durch das Ausschalten von Straßenbeleuchtung und erinnerte, dass erst kürzlich die Anlieger bei der Erneuerung der Leuchten zu Anliegerbeiträgen herangezogen worden seien. Weiter bemängelte er die Streichung der Zuschüsse zur Gewässerunterhaltung für die Gräben an die Realverbände, da diese ohnehin nur etwa ein Drittel der tatsächlichen Kosten betragen. Er erläuterte, dass die Stadt eigene Gräben aus Steuereinnahmen finanziere.

Herr Schulz erklärte, dass das Haushaltssicherungskonzept nicht ausreichend sei und es sich schwierig gestalten würde, aus der Fülle der freiwilligen Leistungen zu Streichungen zu kommen. Auch externe Berater könnten nur eine Liste vorlegen, Entscheidungen müsse weiter der Rat gemeinsam mit der Verwaltung treffen. Er äußerte, dass das Abschalten der Straßenbeleuchtung strittig sein könnte, wenn von den Einsparungen dann Ökostrom für die Straßenbeleuchtung finanziert werden sollte. **Herr Schulz** merkte kritisch an, dass die Stadt eigene Wege und Gräben in voller Höhe selbst finanziere. Bei Streichung der Zuschüsse an die Realverbände müssten diese die Graben- und Wegeunterhaltung in voller Höhe selbst tragen. Er erklärte, dass Frau Heldt zustimmen und er sich enthalten werde.

Herr Hunze erklärte, dass die Realverbände bei der Gebietsreform das Eigentum an Gräben und Wegen nicht an die Stadt übertragen wollten. Das Eigentum verpflichte den Eigentümer. Er kritisierte, dass Burgdorf als strategisches Ziel die Stärkung des Wirtschaftsstandortes beschlossen habe, aber zusätzliche Parkflächen gebührenpflichtig werden sollen. **Herr Hunze** erklärte, dass er gegen das Haushaltssicherungskonzept stimmen werde.

Herr Obst äußerte, dass bei Abschaltung der Straßenbeleuchtung das Risiko von Einbrüchen in der Dunkelheit steigen könnte. Er sprach die freiwilligen Maßnahmen, z. B. Bäder, OGS, Bücherei, an und äußerte, dass intelligente Lösungen benötigt würden. Er forderte hierfür externe Berater.

Mehrheitlicher Beschluss mit 16 Ja-, 13 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG wird das dem Originalprotokoll als Anlage D beigefügte Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2012 beschlossen. Der Haushaltssicherungsbericht 2010 wird zur Kenntnis genommen.

11. Annahme von Zuwendungen/Spenden
Vorlage: 2011 0079
-

Einstimmiger Beschluss:

Die in der Vorlage 2011 0079 aufgeführten Zuwendungen werden angenommen.

12. Neufassung der Entschädigungssatzung
Vorlage: 2011 0069/1
-

Mehrheitlicher Beschluss mit 28 Ja- und 2 Neinstimmen:

Die als Anlage E beigefügte Neufassung der Satzung über die Entschädigung der Ratsfrauen/Ratsherren und der Ortsratsmitglieder, der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder und der OrtsvorsteherInnen der Stadt Burgdorf wird erlassen.

13. Beschäftigtenvertretung im Verwaltungsrat HannIT
Vorlage: 2012 0080
-

Einstimmiger Beschluss:

Folgende Personen werden für den Verwaltungsrat HannIT als Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten bestätigt:

Aus dem Kreise der:

betriebsangehörigen Vertreter

sonstigen Vertreter

Marion Brandes
Ludwig Kleintje
Nicole Roegglen
Andreas Schwanke

Als Ersatzmitglieder

Carola Kayser
Ilona Strehl
Anja Schipplick
Klaus Meinecke
Thomas Bartling

Christian Gawlik
Helmut Decker

Als Ersatzmitglieder

Olaf Hartmann
Birgit Schütte

14. **Besetzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport - Ergänzung Elternvertreter**
Vorlage: 2012 0084
-

Einstimmiger Beschluss:

Als Elternvertreter wird Herr Günter Buchholz-Eggers, als seine Stellvertreterin Frau Beate Gottowik in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport berufen.

Die Zusammensetzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt. (Die Zusammensetzung ist dem Originalprotokoll als Anlage 7 beigefügt).

15. **Vertretung der Stadt Burgdorf im Verbandsausschuss des "Zweckverbandes Volkshochschule Ostkreis Hannover"**
Vorlage: 2012 0085
-

Einstimmiger Beschluss:

Als stellv. Mitglied für den Verbandsausschuss wird Herr Detlef Knauer benannt.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer